

an einer KV-Wahl teilnehmen konnten, sind die beiden Vorsitzenden des Fachausschusses Psychotherapie, Birgit Löber-Kraemer und Johannes Petri, nicht in der VV vertreten. Bei den Wahlen zu den Kreisstellenvorständen, die zeitgleich stattfanden, schafften Psychologische Psychotherapeuten in zehn der 27 Kreisstellen den Sprung in den Vorstand.

Als „deutliches Bekenntnis zur Selbstverwaltung“ wertete KV-Vorsitzender Hansen in einer ersten Stellungnahme die hohe Wahlbeteiligung bei den ordentlichen Mitgliedern. Sie lag bei Vertragsärzten nach ersten Berechnungen bei rund

70 Prozent und bei den Psychotherapeuten bei 86 Prozent. Wahlberechtigt waren gut 14.600 ordentliche sowie gut 10.000 außerordentliche Mitglieder der KVNo. Dabei nahm nur etwa jedes dritte außerordentliche Mitglied sein Wahlrecht wahr, so dass die Beteiligung hier nur 34 Prozent erreichte.

Auf der konstituierenden Sitzung der VV am 20. Januar 2001 werden der neue 19-köpfige Vorstand der KVNo und die Vorsitzenden der VV gewählt.

*Das gesamte Wahlergebnis ist in dieser Ausgabe unter „Amtliche Bekanntmachungen“ ab Seite 69 veröffentlicht.*

Weise von der volkswirtschaftlichen Gesamtentwicklung abgekoppelt“, empörte sich Hansen.

Angesichts dieser düsteren Prognose sprachen sich die Vertreter für einen „Inflationsausgleich“ aus. Um die Geldentwertung der vergangenen Jahre auszugleichen, müssten die Individualbudgets im Honorarverteilungsmaßstab (HVM) mit einem Punktwert von elf Pfennig berechnet werden. Dieses Votum hat jedoch ausschließlich appellativen Charakter, der Kalkulations-Punktwert der Individualbudgets wird bei zehn Pfennig bleiben.

#### HVM-Änderungen beschlossen

Dieser Punktwert gilt somit auch für die Individualbudgets der Kardiologen, die mit großer Mehrheit verabschiedet wurden. Umstritten war die Einführung von Individualbudgets bei den Radiologen. Die Inhaber von radiologischen Praxen mit abgeschlossener Entwicklung forderten die Individualbudgets als effektives Instrument zur Mengengrenzung, erläuterte Dr. Jürgen Zastrow, Vorsitzender des HVM-Ausschusses. Dies lehnten die Praxen in der „Innovationsphase“ ab, zum Beispiel solche mit neu erworbenen Kernspintomographen. Die VV sprach sich auf Antrag des HVM-Ausschusses mit 59 gegen 25 Stimmen dafür aus, auch bei den Radiologen Individualbudgets einzuführen.

Ein Mindestpunktwert von 7,6672 Pfennig wurde für psychotherapeutische Praxen verabschiedet, die mehr als 90 Prozent ihres Umsatzes mit antrags- und genehmigungspflichtigen Leistungen erzielen. Bislang fand eine Absenkung dieses Mindestpunktwertes statt, wenn der Punktwert der übrigen psychotherapeutischen Leistungen mehr als 15 Prozent darunter lag.

Diese Regelung hatte das Landesgesundheitsministerium beanstandet; der entsprechende Passus wurde nun angepasst. An den HVM-Ausschuss überwiesen wurde der Antrag von Dr. Eckehard We-

#### VERTRETERVERSAMMLUNG DER KV NORDRHEIN

## Sinkende Realeinkommen auch für 2001 befürchtet

*Thema Honorar dominert – Individualbudgets für Radiologen und Kardiologen beschlossen*

*von Frank Naundorf*

**E**rfreuliche Nachrichten konnte Dr. Leonhard Hansen, Vorsitzender der Kassenärztlichen Vereinigung Nordrhein (KV-No), den Vertretern am 25. November in Sachen Honorarverträge 2000 überbringen: Alle Verträge seien geschlossen – und in allen habe die maximal mögliche Steigerung der Gesamtvergütung von 1,43 Prozent vereinbart werden können. Dieses gute Ergebnis sei bundesweit einmalig. Mehr als die Grundlohnsummensteigerung hatte der Gesetzgeber nicht zugelassen.

Die Politik der Budgetierung habe in den vergangenen vier Jahren dazu geführt, dass die Honorarentwicklung bei den Ärzten stagniert habe, berichtete Hansen. Dies zeige ein Vergleich des zweiten Quartals 2000 mit dem zweiten Quartal 1997.

In dieser Zeit sei das durchschnittliche Gesamthonorar je Arzt nur geringfügig gestiegen: von 93.319 auf 93.624 Mark. „Da die Kostenentwicklung in den letzten Jahren nicht bei Null stehen geblieben ist, mussten alle Ärzte real sinkende Einkommen verkraften“, sagte Hansen.

#### Maximales Plus von 1,6 Prozent

Der Vorsitzende der KVNo sagte auch für das nächste Jahr „trübe Aussichten“ voraus. Denn das Bundesgesundheitsministerium gestehe den Ärzten eine Erhöhung der Gesamtvergütung von maximal 1,6 Prozent zu. Die Löhne der Arbeitnehmer würden dagegen voraussichtlich um 3,2 Prozent steigen, die Inflation bei 1,7 Prozent liegen. „Wir werden erneut in skandalöser

ber. Der Siegburger Neurologe hatte vorgeschlagen, den Mindestpunktwert auf alle antrags- und genehmigungspflichtigen psychotherapeutischen Leistungen auszuweiten (*den HVM im Wortlaut finden Sie unter der Rubrik „Amtliche Bekanntmachungen ab Seite 116*).

Mit der Zustimmung von 83 Vertretern wurde das Ärztliche Hilfswerk bis zum 31. Dezember 2004 verlängert.

Auf Antrag von Dr. Brigitte Schmelzer wurden außerdem Änderungen in § 2 Abs., 1 der Satzung vorgenommen. Dieser Passus definiert die Aufgaben der KVNo.

#### Haushaltsplan einstimmig verabschiedet

Darüber hinaus wurde der Haushaltsplan für das Geschäftsjahr 2001 in nicht-öffentlicher Sitzung debattiert. Das Volumen des Verwaltungshaushalts soll von derzeit 121 Millionen Mark auf rund 134 Millionen steigen. Der Haushaltsplan wurde ohne Gegenstimme angenommen.

Die Vertreterversammlung (VV) verabschiedete mit 41 gegen 20 Stimmen eine Erhöhung des Verwaltungskostensatzes um 0,2 Prozentpunkte.

Der neue Verwaltungskostensatz steigt für Disketten-Abrechner somit auf 2,4 Prozent, für manuell abrechnende Mitglieder auf 2,6 Prozent.

Die Vertreter sind in dieser Konstellation zum letzten Mal zusammengetreten. Am 20. Januar 2001 finden sich die neu gewählten Delegierten zur konstituierenden VV der 12. Wahlperiode zusammen (*siehe auch Seiten 14 und 69*).

#### Ärztliche Körperschaften im Internet

[www.aekno.de](http://www.aekno.de)

[www.kvno.de](http://www.kvno.de)

[www.arzt.de](http://www.arzt.de)

(Deutsches Ärztenetz

→ Bundesärztekammer, KBV,

Ärztkammern und Kassenärztliche

Vereinigungen und ärztliche

Institutionen in Deutschland)

## Fünf neue Forensik-Standorte in Nordrhein-Westfalen

*Gesundheitsministerin Birgit Fischer legt Konzept vor – Landesregierung am längeren Hebel*

*von Horst Schumacher*

Die Sitzplätze für die Journalisten reichten bei weitem nicht aus, als Birgit Fischer im November vor der Landespressekonferenz ihr Konzept für den Maßregelvollzug in NRW einschließlich der fünf neuen Forensik-Standorte bekannt gab.

Der Andrang war nicht verwunderlich, denn immerhin war Fischers Amtsvorgänger Dr. Axel Horstmann an dem heiklen Thema gescheitert. Kapazitäts- und Qualitätsprobleme im Maßregelvollzug konnte er nicht in den Griff bekommen. Ein Klinikneubau in Hertenscheid scheiterte 1997 am Widerstand der betroffenen Kommunen und der Bürger. Nach der spektakulären Flucht des Doppelmörders Bernd Bück aus den Rheinischen Kliniken Düren im Jahr 1998 geriet die Landesregierung unter Druck. Ein Landtagsausschuss untersuchte die Zustände im Maßregelvollzug und stellte schwere Mängel fest.

#### 470 neue Behandlungsplätze

Nun hat die Gesundheitsministerin ein „Gesamtkonzept“ vorgelegt, mit dem sie das Problem lösen und so eine Zeitbombe für die Landesregierung entschärfen will. Darin ist vorgesehen, 470 neue Plätze im Maßregelvollzug zu schaffen. Bisher gibt es nur 1.147 Plätze für 1.669 eingewiesene Patienten. Die beiden großen Standorte Bedburg-Hau und Eickelborn sollen in Zukunft insgesamt 120 Patienten weniger betreuen. Die Landesregierung will

fünf neue Standorte für forensische Kliniken oder Abteilungen schaffen, und zwar in

- Köln (Porz-Westhoven; neue Klinik mit 126 Plätzen auf dem Gelände einer ehemaligen Kaserne),
- Duisburg (eine Klinik mit 90 Plätzen auf dem Gelände des ehemaligen Schachts Thyssen 2/5 im Ortsteil Fahrn oder im Ortsteil Rheinhausen auf dem Gelände des Bertha-Krankenhauses),
- Dortmund-Aplerbeck (neue Abteilung mit 54 Plätzen auf dem Gelände des Westfälischen Zentrums für Psychiatrie, Psychotherapie und Psychosomatik),
- Herne (neue Klinik mit 90 Plätzen auf dem Gelände der ehemaligen Zechenanlagen Pluto/Unser Fritz) und
- Münster (eine neue Abteilung mit zunächst 36 und später 54 Plätzen im Ortsteil Amelsbüren).

Darüber hinaus werden in Essen am Institut für forensische Psychiatrie unter der Leitung des Lehrstuhlinhabers für Forensik, Professor Dr. Norbert Leygraf, 54 Plätze zur Diagnostik und Begutachtung von Maßregelvollzugspatienten eingerichtet.



*NRW-Gesundheitsministerin Birgit Fischer scheint das Thema Maßregelvollzug in den Griff zu bekommen, an dem ihr Vorgänger Dr. Axel Horstmann gescheitert war. Foto: MFJFG*